

Deutschlands Alleingang

Nach Fukushima: Ein europaweiter Atomausstieg bleibt eine politische Illusion

Vom Moratorium der Laufzeitverlängerung über die Einrichtung einer Ethikkommission bis hin zu einer zunehmend ernsthaft geführten Debatte über eine Vollversorgung mit erneuerbaren Energien - binnen weniger Wochen hat sich die Grundhaltung vieler Politiker zur Atomenergie grundlegend verändert. Im Gegensatz zu der Entwicklung in Deutschland erscheinen aber die meisten anderen Länder Europas von der Reaktorkatastrophe in Japan weitgehend unbeeindruckt.

Rund die Hälfte der EU-Mitgliedstaaten nutzt die Atomkraft, und daran wollen diese Staaten weder kurz- noch mittelfristig etwas ändern. Einige Länder, zum Beispiel Polen, wollen gar neu in die Kernenergienutzung einsteigen, andere den bestehenden Kraftwerkspark ausbauen. Die Staaten Europas zeigen sich in der Frage der Atomenergienutzung so gespalten wie bei kaum einem anderen Thema. Es ist daher nicht zu erwarten, dass ein europaweiter Atomausstieg bevorsteht. Ganz im Gegenteil garantieren die europäischen Verträge den Mitgliedstaaten, dass die Entscheidung über die Nutzung bestimmter Technologien oder Ressourcen auch in Zukunft national und damit ohne Einmischung der anderen Mitgliedstaaten oder der Brüsseler Institutionen getroffen werden.

Mit der Sicherheitsüberprüfung deutscher Atomkraftwerke und der (vorläufigen) Aussetzung der Laufzeitverlängerung hat die deutsche Bundesregierung in den vergangenen Wochen einen Schritt vollzogen, der einerseits eine neue Risikobewertung der Atomenergie vornimmt, andererseits Sicherheitsstandards und den Schutz der Bevölkerung vor den Gefahren radioaktiver Strahlung einer veränderten Sachlage anpasst.

Auch in der Europäischen Union hat Energiekommissar Günther Oettinger eine Sicherheitsüberprüfung der 143 Atomkraftwerke in Europa vorgeschlagen und wurde dafür von den Staats- und Regierungschefs auf ihrem Gipfeltreffen im März unterstützt. Dass sich die 27 EU-Energieminister nun Anfang Mai informell darauf einigten, diesen Stresstest lediglich auf eine begrenzte Fallauswahl möglicher Unfallszenarien zu reduzieren und die Ergebnisse nur auf freiwilliger Basis zu veröffentlichen, deutet einmal mehr auf die sehr unterschiedliche Wahrnehmung des Problems unter den 27 EU-Mitgliedstaaten hin.

Der Zugewinn an Sicherheit durch die Abschaltung deutscher Atomkraftwerke wird vergleichsweise gering ausfallen, wenn die Bundesrepublik damit alleine bleibt. Ein Blick auf die Landkarte verdeutlicht diesen Zusammenhang: Die Nachbarländer betreiben immerhin 22 Reaktoren in einem Korridor von lediglich 120 Kilometern um Deutschland herum. Wollte man dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung also Rechnung tragen, müsste eine Übersetzung der in Vorbereitung befindlichen innenpolitischen Entscheidungen in europapolitische Forderungen erfolgen. Nur im Rahmen der Rechtsgemeinschaft Europa könnten zumindest verbindliche Standards entwickelt werden, die im weiteren Verlauf von der Europäischen Kommission unabhängig überwacht und sanktioniert würden. Eine internationale Koordination von Standards durch die Internationale Atomenergiebehörde IAEA hätte dahingegen lediglich einen ergänzenden Charakter.

Kurzfristig wird es in der EU, so der Beschluss des Europäischen Rates im März, zunächst einen neuen Anlauf für eine Richtlinie zur Festlegung quantifizierbarer Sicherheitsnormen geben. Diesen soll die Kommission noch vor Ablauf des Jahres 2011 starten. Der letzte Versuch dieser Art endete im Jahr 2009 jedoch nach sechsjährigem Ringen mit einem Minimalkompromiss. Sein noch am ehesten vorzeigbares Ergebnis war die Einrichtung unabhängiger Regulierungsbehörden im Bereich der Kernenergiesicherheit. Sollte es nicht zu grundlegenden Veränderungen im Rahmen der

Entscheidungsprozesse kommen, ist auch bei einer Neuauflage nicht mit verbindlichen europaweiten Standards zu rechnen.

Die Probleme bei der Gestaltung einer europäischen Antwort auf die Katastrophe von Fukushima liegen nicht nur in der unterschiedlichen Problemwahrnehmung der Mitgliedstaaten begründet, sondern lassen sich auch im europäischen Vertragswerk finden. Alle Fragen rund um die Kernenergie werden in Europa bis heute durch den Euratom-Vertrag geregelt. Dieser wurde seit seinem Inkrafttreten in den 1950er Jahren inhaltlich kaum verändert. So ist weder eine parlamentarische und damit transparentere Beteiligung an Entscheidungsverfahren gewährleistet, noch haben die Erkenntnisse aus den Reaktorunfällen von Harrisburg über Tschernobyl bis Fukushima bislang Einzug in den Vertrag gehalten. Stattdessen zielt Euratom in erster Linie auf die Forschungsförderung und die Entwicklung von Rahmenbedingungen für eine friedliche Nutzung der Kernenergie ab.

Neben der Festlegung verbindlicher Sicherheitsnormen müsste aus diesen Gründen auch eine grundlegende Reform dieses Vertrags angestrebt werden. Der von einzelnen Akteuren mit Nachdruck geforderte einseitige Austritt aus dem Euratom-Vertrag dürfte dabei jedoch die am wenigsten Erfolg versprechende Lösung darstellen, würde er doch eine Beteiligung an Entscheidungsprozessen verhindern, ohne dabei eine neue Rechtsgrundlage zu schaffen.

Daher wären lediglich die Reform des Euratom-Vertrags hin zu einer Demokratisierung und einer Ausweitung des Sicherheitsbegriffs oder die Inkorporation der Vertragsinhalte in den Vertrag von Lissabon sinnvolle Alternativen zum Bestehenden. Beide Ansätze könnten nach der innenpolitischen Kehrtwende nun mit Nachdruck in das energiepolitische Repertoire der Europapolitik aufgenommen werden. Als Hebel in den Verhandlungen mit den EU-Partnern ließen sich die hohen deutschen Beiträge für die Forschungsförderung im Rahmen der Euratom-Programme nutzen.

Eine gemeinsame Linie Europas in der Atomenergiepolitik wird es auf Dauer nicht geben. Als Risikogemeinschaft muss Europa jedoch zumindest eine gemeinsame Regulierung der Risikoquellen erreichen, im Notfall auch im Zuge von Mehrheitsentscheidungen. Eine dahingehende Initiative würde nicht nur im Europäischen Parlament positiv aufgenommen, sondern auch in einer Reihe anderer EU-Staaten Unterstützung erfahren.

Severin Fischer ist Europa- und Energieexperte. Er ist derzeit Gastwissenschaftler an der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin.